

06.10.2003

## Antrag

der Fraktion der CDU

**Europäische Dimension in der Schulbildung stärken –  
Nordrhein-Westfalen braucht mehr „Europaschulen“ mit einem einheitlichen europäischen Qualitätsprofil**

**Der Landtag beschließt:**

- Die Landesregierung wird aufgefordert, stärker als bisher im Sekundarbereich Themen und Fragestellungen mit einem expliziten Bezug auf Europa in die Lehrpläne aller relevanten Unterrichtsfächer zu integrieren und die Unterrichtsmaterialien dementsprechend stärker als bisher auf europäische Themen hin auszurichten.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen eines Landesprogramms „Europaschulen in NRW“ die institutionellen Voraussetzungen für den Ausbau von „Europaschulen“ in Nordrhein-Westfalen zu schaffen und gezielt auf die Gründung neuer Europaschulen im Sekundarbereich hinzuwirken. Langfristiges Ziel muss dabei ein möglichst flächendeckendes Angebot von Europaschulen in Nordrhein-Westfalen sein.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, ein verbindliches und einheitliches Qualitätsprofil für die Bezeichnung „Europaschule“ in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln. Dazu gehören insbesondere:
  1. Die verstärkte Integration von Themen mit einem expliziten Bezug zu Europa in alle Unterrichtsfächer im Rahmen eines Schulprogramms (soweit möglich) und ihre entsprechende Umsetzung in den Unterrichtsmaterialien
  2. Die Vermittlung europabezogener Bildungs- und Erziehungsinhalte über fächerverbindende offene Unterrichtsformen

Datum des Originals: 06.10.2003/Ausgegeben: 06.10.2003

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

3. Die Beteiligung an europäischen Bildungs- und Austauschprogrammen sowie Internetprojekten in langfristiger Perspektive (z.B. E-Mail-Projekte u.ä.)
  4. Die Nutzung moderner Medien zur transnationalen Kommunikation
  5. Der besondere Stellenwert des Fremdsprachenunterrichts im Sinne eines bilingualen Sach- bzw. Fach-Unterrichts und der Beteiligung am Sprachenportfolio des Europarats. Dazu gehören konkret Sprachintensivkurse, ein früher Fremdspracherwerb und eine vorgezogene bzw. veränderte Sprachenfolge
  6. Die Entwicklung und Förderung interkultureller Kompetenz
  7. Die regelmäßige und langfristig angelegte Zusammenarbeit mit Partnerschulen im europäischen Ausland sowie generell die Pflege von vielfältigen Auslandskontakten und –projekten auch im Rahmen internationaler Betriebspraktika
  8. Ein großes Angebot an europaorientierten Arbeitsgemeinschaften und Kursen jenseits des regulären Unterrichts
  9. Die Beteiligung am Europäischen Wettbewerb und an anderen europäisch orientierten Bundes- und Landeswettbewerben
  10. Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit für europäische Bildung und Erziehung
  11. Regelmäßige Lehrerfortbildungen zu Themen mit Europabezug und zur interkulturellen Didaktik im Rahmen eines Personalentwicklungskonzepts
  12. Die regelmäßige Evaluation aller schulinternen europäischen Programme und Projekte unter Einbeziehung der Schulaufsicht
- **Die Landesregierung wird aufgefordert, sich verstärkt für den Ausbau von Netzwerken zwischen Europaschulen und Unternehmen im Sinne von public-private-partnerships („Essener Modell“) einzusetzen.**
  - **Die Landesregierung wird aufgefordert, zusammen mit den Schulträgern Anreize zu schaffen, die ein verstärktes europäisches Engagement im Sinne der Gründung und Weiterentwicklung von Europaschulen honorieren (z.B. Ausgleich des Lehrdeputats für entsprechende Mehrarbeit der Lehrkräfte, Karrierevorteile usw.).**
  - **Die Landesregierung wird aufgefordert, den zuständigen Ausschüssen bis zur Jahresmitte 2004 und dann in regelmäßigen Abständen über die Umsetzung der geforderten Maßnahmen zu berichten.**

### **Begründung:**

Genau vor fünfzig Jahren, im Oktober 1953, wurde die Idee der Europaschulen im Rahmen einer Initiative der jungen *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* in Luxemburg geboren. Im Juni 1957 wurde dann die erste offizielle Europaschule in Luxemburg gegründet. Der Grundgedanke dieser Europaschule und zahlreicher nachfolgender Gründungen war, die europäische Idee frühzeitig und umfassend im Rahmen der schulischen Bildung zu verankern. Nach den desaströsen Erfahrungen der ersten Jahrhunderthälfte musste es darum gehen, die ökonomische Integration Europas durch eine kulturelle Integration zu flankieren und die Ausbildung einer europäischen Identität zu befördern. Hier haben die ersten Europaschulen einen richtungsweisenden Beitrag geliefert. Dieses Erbe und diese Erfahrung gilt es

– gerade angesichts der großen Herausforderung der EU-Osterweiterung – aufzunehmen, zu vertiefen und auszubauen.

Dies ist vor allem deshalb so wichtig, weil Nordrhein-Westfalen bei der Gründung von Europaschulen im Bundesvergleich deutliche Defizite aufweist. Das aktuell edierte „Handbuch Europa in NRW“ benennt unter dem Stichwort „Europaschulen“ nur vier Schulen bzw. Schulprojekte: die Europaschule in Bornheim, den Förderverein Europaschulen in Essen, das Netzwerk NEOS bei der Europaschule Köln und die Städtische Gesamtschule Troisdorf. Dagegen ist etwa in Hessen die Zahl der Europaschulen allein seit September 2002 von 23 auf 31 erhöht worden. Dies geschah im Rahmen eines umfassenden Landesprogramms „Hessische Europaschulen“, das feste Standards und Kriterien entwickelt hat und diese fortlaufend verbessert und aktualisiert.

In Nordrhein-Westfalen gab und gibt es vergleichbare Ansätze von privater wie regionaler Seite. So hat bereits 1999 das „Netzwerk europaorientierter Schulen“ (NEOS) in der „Kölner Erklärung“ Qualitätsmaßstäbe für Schulen vorgelegt, die ihr Bildungsangebot an den (potenziellen) Anforderungen einer gesamteuropäischen Zukunft orientieren. Die Bezirksregierung Detmold hat überdies bereits 2001 einen Vorstoß für ein landesweit verbindliches Qualitätsprofil für „Europaschulen“ unternommen, der vom zuständigen Schulministerium jedoch nicht aufgegriffen worden ist. Dadurch blieb der von der Bezirksregierung vorgelegte Kriterienkatalog („Europaschule in OWL“) auf Ostwestfalen-Lippe beschränkt. Gleichzeitig entwickelten einige nordrhein-westfälische Schulen wie z.B. die Europaschule in Bornheim aufgrund eines besonderen Engagements der Schulleitung und der Lehrerinnen und Lehrer in den zurückliegenden Jahren ein eigenes europäisches Profil.

Im Unterschied zu Hessen oder auch Baden-Württemberg hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalens bis heute dem großen europäischen Engagement vieler Schulen vor Ort keine verbindende Grundlage gegeben. Obwohl die didaktisch-pädagogische Forschung immer wieder betont hat, dass es bei der „europäischen Dimension“ der Schulbildung „um weit mehr gehen muss als um bloße Institutionenkunde (EU-Kunde) oder Sprachunterricht“ (siehe z.B. Dr. Michael Vorbeck: The European Dimension of Education, DECS/Rech (96) 30, Straßburg 15.11.1996), lässt die Landesregierung bislang nur wenige Ansätze erkennen, die diesen Anforderungen Rechnung tragen. Das europäische Profil der Europaschulen in NRW gründet vielmehr auf der Privatinitiative und dem Idealismus zahlreicher Schüler, Eltern und Pädagogen vor Ort, die in die einzelnen Projekte nicht selten viel Geld und Zeit investieren müssen und dabei keine direkte Unterstützung vom Land erhalten. Es kommt daher entscheidend darauf an, dass die Landesregierung den systematischen Ausbau von Europaschulen quantitativ wie qualitativ vorantreibt und unterstützt. Dies gilt um so mehr, als ein europäisches Schulprofil von Eltern wie Schülern verstärkt nachgefragt wird, wie die hohen Anmeldequoten bei den bestehenden Europaschulen belegen.

Gerade angesichts dieser verstärkten Nachfrage und der bisherigen Defizite an Einheitlichkeit und Transparenz ist es dringend erforderlich, für die bestehenden und zukünftigen Europaschulen transparente und einheitliche Qualitätsmerkmale (evtl. in Form eines „Qualitäts-Siegels“) festzulegen, damit Eltern wie Schüler bei der Schulwahl schnell und verbindlich über die Leistungsmerkmale und Anforderungsprofile der Europaschulen in NRW informiert sind. Dazu müssen spezifische Strukturen der Qualitätssicherung für die Europaschulen

entwickelt werden. Dazu gehört, dass alle Vorhaben und Projekte einem schulinternen Programmcontrolling und einer systematischen Evaluation unter Einbeziehung der Schulaufsicht unterworfen werden. Dazu gehört ferner, dass die Europaschulen zur Qualitätssicherung eine Feststellung der Eingangsqualifikation und regelmäßige Lehrstandsüberprüfungen durchführen. Ein schülerbezogenes Portfolio über spezifische Leistungsnachweise der Europaschulen muss in diesem Zusammenhang entwickelt werden. Überdies müssen die Europaschulen im Rahmen ihres Schulprogramms ein Personalentwicklungskonzept erstellen, das Maßnahmen der programmbezogenen Lehrerfortbildung einschließt. Schließlich müssen außerschulische Kooperationspartner in diese Maßnahme einbezogen werden, die das Programm und seine Qualitätsentwicklung begleiten und überprüfen.

Im Zuge dieser Profilierung müssen auch die Lehrpläne an allen anderen Schulen im Sekundarbereich in den relevanten Fächern stärker als bisher auf die europäische Dimension hin orientiert werden. Nur so lässt sich ein breites Bewusstsein für die Bedeutung der europäischen Integration und damit auch für die Ausbildung einer europäischen Identität langfristig und nachhaltig entwickeln. Die curriculare Ausrichtung der Europaschulen kann dabei als Vorbild dienen.

Die Bedeutung dieser Maßnahmen wird gerade vor dem Hintergrund der Ergebnisse der aktuellen PISA-Studie deutlich, die erhebliche Leistungsdefizite der deutschen und besonders der nordrhein-westfälischen Schulen sichtbar gemacht hat. Ein Ausbau der europäischen Dimension an den nordrhein-westfälischen Schulen wird verstärkt dazu beitragen, diese Defizite abzubauen. Die oben vorgestellten Maßnahmen und Kriterien für ein „europäisches Profil“ garantieren eine umfassende Vorbereitung auf die Herausforderungen einer zunehmend inter- und transnational vernetzten Welt. Dies gilt insbesondere für einen intensivierten Sprachenunterricht, der in der globalisierten Wissensgesellschaft von morgen die besten Voraussetzungen für beruflichen Erfolg schafft. Wer zusätzlich zu den benoteten Sprachen wie Englisch oder Französisch – wie z.B. an der Bornheimer Europaschule – noch Russisch oder Italienisch als „Begegnungssprache“ lernen kann und/oder sich durch Latein den sprachlichen und historischen Raum Europa eröffnet, der erwirbt eine interkulturelle Kompetenz, die für ein zusammenwachsendes Europa unerlässlich ist und die zugleich dem einzelnen besondere Karrierechancen eröffnet.

Darüber hinaus sind die regelmäßigen transnationalen Austauschprojekte von großer Bedeutung. Den Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I und II sollte die Möglichkeit geboten werden, bis zu einem Jahr im europäischen Ausland zu verbringen. Entscheidend ist dabei, dass dies nicht auf den gymnasialen Bereich beschränkt bleibt, sondern vor allem an Haupt- und Real- bzw. Gesamtschulen sowie an Berufsschulen realisiert wird, weil hier besondere Erfordernisse einer stärker interkulturellen Erziehung gegeben sind.

Die Finanzierung dieser Maßnahmen kann zu großen Teilen durch EU-Mittel im Rahmen des COMENIUS- bzw. SOKRATES-Programms erfolgen. Dies gilt vor allem für Schul-, Fremdsprachen- und Schulentwicklungsprojekte, die die Europaschulen mit europäischen Partnerschulen direkt durchführen. Die erforderlichen Mittel werden direkt durch die EU-Kommission bereit gestellt. Die notwendigen Eigenmittel werden in Form von Personal- und Sachkostenbereitstellung durch die Schulen direkt erbracht. Diese zusätzlichen Personal- und Sachmittel sowie weitere Mittel zum Ausbau der Schulen als Europaschulen (Fortbildungen, Tagun-

gen, Sachmittel, wiss. Begleitung usw.) müssen vom Land getragen werden. Die Höhe dieser Mittel kann sich am Beispiel der hessischen Europaschulen orientieren. Die Haushaltsmittel betragen in Hessen im Jahr 2003 für 31 Schulen rund 900.000 Euro, d.h. den Gegenwert von 20 Lehrerstellen. Da die Zahl der Europaschulen in NRW nicht sofort in dieser Größenordnung erhöht werden kann, werden sich diese Mittel künftig auf mehrere Haushalte verteilen. Die für einen zeitnahen Ausbau notwendigen Mittel müssen im Rahmen des Einzelplans umgeschichtet werden.

Die stärkere Integration europabezogener Themen in alle Schulen kann ebenfalls über die von der EU finanzierten COMENIUS-Projekte erfolgen (so z.B. im Hinblick auf die Fortbildung des Schulpersonals). Die notwendigen Komplementärmittel des entsprechenden Programms „Europa in der Schule“ in Hessen betragen den Gegenwert von rund 5 Lehrerstellen. Entsprechende Mittel müssen in NRW im Rahmen der bestehenden Mittel für die Lehrerausbildung komplementär finanziert werden. Hilfe bei der Partnersuche von Schulen und bei der Antragstellung für die Abrufung von EU-Mitteln sollte durch das Schulministerium erfolgen, das auch als Kontaktbörse und gemeinsame Schnittstelle der Europaschulen fungieren muss. Im übrigen sind die Schulträger vor Ort aufgerufen, die Entwicklung von Europaschulen und die Integration europabezogener Themen in alle Schulen aktiv zu fördern.

Dr. Jürgen Rüttgers  
Ilka Keller  
Dr. Stefan Berger  
Wolfgang Dietrich  
Hagen Jobi  
Werner Jostmeier  
Wilhelm Lieven  
Reinhold Sendker  
Bernhard Recker  
Ursula Doppmeier  
Dr. Heinz-Jörg Eckhold  
Klaus Kaiser  
Marie-Theres Kastner  
Marie-Theres Ley  
Herbert Reul  
Hans-Martin Schlebusch  
Michael-Ezzo Solf

und Fraktion